

# SP BASELSTADT

## WAHLPLATTFORM 2019 – ENTWURF

### Inhalt

Vorgehen .....	2
Bildung.....	3
Demokratie, Rechtsstaat und Service Public .....	6
Energie und Klima .....	8
Finanzen .....	10
Gesellschaft und Soziales .....	13
Gesundheit .....	15
Gleichberechtigung.....	17
Kultur.....	19
Migration, Integration und Asyl .....	21
Regionale Zusammenarbeit .....	24
Sicherheit .....	26
Umwelt und Natur.....	28
Verkehr und Raumplanung.....	30
Wirtschaft .....	33
Wohnen .....	36

## VORGEHEN: DISKUTIEREN UND ANTRÄGE STELLEN

### Was will die Wahlplattform?

Die Zeit ist reif für einen Wandel. Wir wollen die kommenden Wahlen gewinnen, weil sich in unserem Kanton nur mit einer starken SP-Vertretung etwas verändern lässt. Wir werden diese Wahlen für uns entscheiden, um unseren Vorstellungen eines sozialeren, ökologischeren und gerechteren Kantons Baselland zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der vorliegenden Wahlplattform skizzieren wir unsere konkreten Vorstellungen, wie ein sozialdemokratisches Baselbiet aussieht.

Darin werden 16 politische und gesellschaftliche Themenfelder dargestellt (in alphabetischer Reihenfolge). In jedem Kapitel wird die Ausgangslage beschrieben, es werden die Grundsätze, Werte und Ziele aus sozialdemokratischer Sicht skizziert. Und für jeden Themenblock werden Forderungen aufgestellt, die wir in den nächsten vier Jahren durchsetzen möchten.

### Wahlplattform diskutieren und Anträge stellen

Die Wahlplattform soll an einer Delegiertenversammlung am 25. August 2018 von den Delegierten der SP Baselland diskutiert und verabschiedet werden.

Vorher wird sie aber den Mitgliedern und den Sektionen zur Vernehmlassung vorgelegt. Jede Sektion soll die Themen diskutieren, kann Anträge formulieren, die dann der DV vom 25. August vorgelegt werden. Antragsberechtigt sind zudem auch die Gruppierungen der SP BL (JUSO, SP 60+, SP Frauen, SP MigrantInnen). Gemäss Beschluss der Geschäftsleitung können zusätzlich auch jeweils mindestens drei Einzelpersonen, die Mitglied der SP BL sind, Anträge einreichen. Die Anträge können zum gesamten Text der Wahlplattform gestellt werden.

### Wie gehen die Sektionen vor?

Die Wahlkampfleitung und die Geschäftsleitung der SP Baselland stellen die Wahlplattform an der Sektionskonferenz vom 14. März 2018 vor und erläutern das weitere Vorgehen. Dieses sieht wie folgt aus:

14.3.2018	Vorstellen der Wahlplattform an der Sektionskonferenz
März – Juli 2018	Die Sektionen und die Gruppierungen der SP BL sind eingeladen, die Wahlplattform zu diskutieren und Anträge zu formulieren. Anträge können auch von jeweils mindestens 3 Einzelmitgliedern eingereicht werden. VertreterInnen der GL und der WLK sind gerne bereit, die Wahlplattform in den Sektionen und den Gruppierungen vorzustellen. <b>Anträge sind per Mail an <a href="mailto:ruedi.brassel@sp-bl.ch">ruedi.brassel@sp-bl.ch</a> zu richten.</b>
31. Juli 2018	Ende der Antragsfrist für die Wahlplattform
16. Aug. 2018	Die Geschäftsleitung nimmt Stellung zu den eingegangenen Anträgen.
25. Aug. 2018	Die Delegiertenversammlung diskutiert die Anträge und verabschiedet die Wahlplattform
	Die Wahlplattform wird publiziert

Besten Dank für das engagierte Mitwirken!

Jonas Eggmann  
Wahlkampfleiter

# Bildung

## Ausgangslage

5 In den letzten Jahren haben das rechte Parlament und die rechte Regierung im Baselbiet auch im Bildungsbereich eine unverantwortliche Abbaupolitik betrieben. Es wurden grössere Klassen gebildet, Gebühren erhöht, Freifächer abgeschafft, Kompetenzen zentralisiert und generell Ressourcen gestrichen. Darunter leiden die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern.

10 Mit der integrativen Schulungsform sind die Anforderungen an die Lehrpersonen zusätzlich gestiegen. In vielen Schulzimmern fehlt entsprechend ausgebildetes Fachpersonal, zum Beispiel schulische HeilpädagogInnen oder zusätzliche Kräfte, die bei steigenden Ansprüchen an die Lehrpersonen unterstützend wirken können. Eine moderne, integrative Form der Sonderpädagogik braucht ausreichende Ressourcen als Grundlage.

15 Dies muss sich ändern und unsere Schulen müssen gestärkt werden. Bis heute besuchen Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien in der Sekundarschule weitaus seltener das Niveau E oder P. Entsprechend wenige schaffen den Sprung ins Gymnasium. Trotz Anstrengungen des Bundes erreichen auch heute rund 15 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger die grundlegenden Bildungsziele der Volksschule nicht, verpassen den Abschluss auf der Sek-II-Stufe und finden keinen Einstieg in die  
20 Berufsbildung.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen eine starke öffentliche Schule für alle.**

25 Ein erstklassiges Bildungssystem für alle ist eine wichtige Voraussetzung dafür, in einer Gesellschaft mit ungleichen Chancen einen sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Wir wollen, dass alle – auch Bildungsschwache und -benachteiligte – den Zugang zu Bildung und Ausbildung finden können. Denn besser gebildete Menschen sind weniger von Krankheit betroffen und werden schneller und dauerhafter in den Arbeitsmarkt integriert. Sie haben mehr Wahlmöglichkeiten in der beruflichen Laufbahn sowie bessere Entfaltungs- und  
30 Entwicklungschancen am Arbeitsplatz. Entsprechend hochstehend ist die Erwerbstätigkeit gut Gebildeter und entsprechend niedrig ist ihr Risiko der Arbeitslosigkeit. Wir dulden deshalb keine weiteren Abbaumassnahmen in der Bildung. Im Gegenteil: Um unsere Schule zu stärken und um die Schulharmonisierung erfolgreich umsetzen zu können, braucht es massiv mehr Ressourcen.

35

## Unsere Forderungen

**Tagesschulen für Chancengleichheit:** Für die Familien, die auf eine regelmässige Tagesbetreuung ihrer schulpflichtigen Kinder angewiesen sind, braucht es Tagesschulen auf Primar- und Sekundarstufe. Sie haben eine wichtige pädagogische und erzieherische  
40 Funktion und stärken die Chancengerechtigkeit, weil Schülerinnen und Schüler dadurch

unabhängig von den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern ihre schulischen Ziele erreichen können.

45 **Kein weiterer Abbau in der Bildung:** Für einen qualitativ guten Unterricht braucht es genügend Lehr- und Fachpersonen auf allen Stufen sowie starke Schulleitungen mit genügend Ressourcen. Es darf keinen Abbau zu Lasten der Kinder und Jugendlichen sowie der Lehrpersonen geben, auch keine weiteren Lohn- und Rentenkürzungen für Lehrerinnen und Lehrer.

50 **Kürzungen rückgängig machen:** In den letzten Jahren wurden an gewissen Schulen der Musik- und Schwimmunterricht gestrichen, die Klassengrößen erhöht und Klassenlager abgeschafft. Diese Kürzungen müssen rückgängig gemacht werden. Denn die in Musik, Sport und sozialen Begegnungen vermittelten Erfahrungen und Kompetenzen werden angesichts des steigenden Leistungsdrucks immer wichtiger.

55 **Integration mit genügend Ressourcen:** Die Volksschule sieht sich mit vielen neuen Anforderungen konfrontiert. Wir wollen keine Integration um jeden Preis, aber mit genügend Ressourcen. Neben Fachpersonen braucht es eine Lehrpersonenassistenz (z.B. SeniorInnen oder Zivildienst-Leistende) in jeder Klasse auf der Primarstufe.

60 **Infrastruktur gewährleisten:** Die Schulhäuser sind teilweise in einem desolaten Zustand. Es gibt zu wenige Turnhallen und teilweise fehlen Schulzimmer und Arbeitsplätze für die Lehrpersonen. Unsere Schulen müssen auf den neusten Stand gebracht werden.

65 **Digitalisierung nicht verpassen:** Die Digitalisierung betrifft auch die Schulen. Die Schülerinnen und Schüler müssen optimal auf die digitalen Herausforderungen vorbereitet werden. Wir fordern genügend Investitionen in die IT auf der Primarstufe und auf den Sekundarstufen I und II.

70 **Solidarität der Unternehmen in der Berufsbildung:** 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht.

75 **Schutz für Berufslernende:** Es braucht auf kantonaler Ebene flankierende Massnahmen zum Arbeitsschutz für Berufslernende und PraktikantInnen. Die Allgemeinbildung darf in der Lehre nicht zu kurz kommen.

80 **Vorurteile abbauen, Realitäten der sexuellen Orientierung abbilden:** Nicht-heterosexuelle Jugendliche weisen eine erhöhte Suizidrate auf. Deshalb gilt es die Enttabuisierung und Gleichberechtigung von LGBT-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender) im Schulalltag und im Unterricht konsequent zu vermitteln.

**Flächendeckendes Angebot an Betreuungsstrukturen:** In jeder Gemeinde braucht es zwingend eine familienergänzende Kinderbetreuung. Sie stellt die Vereinbarkeit von

85 Familie und Beruf oder Ausbildung sicher. Zudem fördert sie die Integration und gleicht Benachteiligungen von Kindern aus sozial schlechter gestellten und bildungsfernen Familien aus.

**Schulsozialarbeit für alle:** Die Schulsozialarbeit muss auf allen Stufen und in jeder  
90 Gemeinde eingeführt werden. Sie hilft der Schule bei ihren wachsenden sozialen und erzieherischen Aufgaben.

**Praxistaugliche Lehrpersonenausbildung:** In den letzten Jahrzehnten wurde die  
Lehrpersonenausbildung immer stärker akademisiert. Wir fordern eine praxistaugliche und  
95 auf die Bedürfnisse der SchülerInnen und zukünftigen Lehrpersonen ausgerichtete Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule.

**Hochschullandschaft Nordwestschweiz stärken:** Die Universität Basel und die  
Fachhochschule Nordwestschweiz leiden unter der Abbaupolitik der rechten Regierung  
100 unseres Kantons. Der Imageschaden ist immens und die innovative Bildungs- und Forschungsarbeit der Institutionen werden zunehmend gefährdet. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Diese beiden führenden Lehr- und Forschungsinstitutionen erfüllen einen wichtigen Bildungsauftrag in unserer Region. Die Finanzierung der gemeinsamen Trägerschaft muss längerfristig abgesichert werden und hat solidarisch und unter  
105 Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partner zu erfolgen.

# Demokratie, Rechtsstaat und Service Public

## Ausgangslage

110 Der demokratische Rechtsstaat will die Beteiligung aller an der Staatsgewalt. Er will die  
Teilung der Gewalten innerhalb des Staats. Und er will den Schutz der Rechte der  
Einzelnen vor Macht und Willkür. Der rechtsbürgerliche Populismus untergräbt zusehends  
diese demokratischen Grundwerte. Minderheiten werden diskriminiert und verhöhnt. Die  
Unabhängigkeit der Justiz wird in Frage gestellt. Ganze Bevölkerungsgruppen, die in  
115 unserem Land aufgewachsen sind, werden systematisch von der Staatsbürgerschaft und  
dem Wahrnehmen ihrer demokratischen Rechte ausgeschlossen.  
Dazu kommt, dass im neoliberalen Politdiskurs der Staat, der die Freiheit und die  
Freiheitsrechte garantiert, als Feind der Freiheit schlecht geredet wird. Den staatlichen  
Betrieben wird die Leistungsfähigkeit und Effizienz abgesprochen. Mantramässig wird die  
120 Privatisierung von Betrieben des Service Public gefordert. Die Erfahrung der breiten  
Bevölkerung ist aber eine andere: Vielerorts hat die Privatisierung das Gegenteil von  
Wirtschaftlichkeit und Effizienz gebracht. Leistungen werden teurer und die Angebote  
dünner. Doch die privaten Gewinne sollen dafür dicker werden.

## 125 Grundziele der SP

### **Wir wollen einen Staat, der für gleiche Rechte und Ausgleich sorgt.**

Der Staat muss nicht für alles zuständig sein. Aber er soll dafür sorgen, dass alle zu ihren  
Rechten und zu ihrem Service Public kommen. Das heisst auf der einen Seite, dass sich  
alle an unserer Demokratie beteiligen dürfen. Auf der anderen Seite müssen die  
130 Leistungen des Service Public allen zukommen. Sie dürfen nicht als privatisierte Angebote  
wenigen vorbehalten sein. Wir tragen Sorge zu diesen demokratischen Strukturen in der  
Politik und im Service Public, denn sie sind die Grundlage des sozialen Friedens und des  
wirtschaftlichen Gedeihens. Ein schwacher Staat kann kein sozialer Staat sein.

## 135 Unsere Forderungen

**Menschenrechte und Minderheitenschutz:** Auch der Kanton Baselland muss durch  
Regierung und Parlament klar für den Schutz der Menschenrechte Stellung nehmen und  
klar gegen die Diffamierung von Minderheiten auftreten. Die Gewährleistung der gleichen  
Rechte für alle ist gerade in unserer Grenzregion von grosser Bedeutung.

140 **Ausbau der demokratischen Rechte:** Wir setzen uns konsequent ein für den Ausbau der  
demokratischen Rechte durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 16 und  
durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene auf Gemeinde- und  
Kantonebene.

145 **E-Voting:** Die gesetzliche Grundlage für E-Voting ist geschaffen worden. Nun muss rasch  
ein Verfahren festgelegt werden, damit alle elektronisch wählen können, wie dies in  
anderen Kantonen bereits möglich ist.

150 **Keine Privatisierung von Staatsbetrieben:** Bestrebungen, weitere staatliche Betriebe zu privatisieren, gilt es zu bekämpfen. Wo sie nicht zu verhindern sind, muss die politische Kontrolle über diese Betriebe des Service Public gewährleistet bleiben.

155 **Faire Arbeitsbedingungen für die Kantonsangestellten:** Die Arbeit der Kantonsangestellten soll wertgeschätzt werden. Die geplante "leistungsabhängige" Lohnkomponente ist reine Schikane. Seit Jahren erhalten Kantonsangestellte netto weniger Lohn, die Teuerung soll endlich wieder ausgeglichen werden. Ausserdem gehören die Verluste bei der Pensionskasse kompensiert.

160 **Transparenz in der Parteienfinanzierung:** Es braucht Transparenz in der Parteienfinanzierung. Wir fordern, dass Parteien und Komitees dazu verpflichtet werden, ihre Budgets und Geldquellen offenzulegen.

165 **Service Public erhalten und ausbauen:** Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Angebote des Service Public nicht ausgehöhlt, sondern ausgebaut werden.

- Ein guter Service Public braucht gutes Personal und damit gute Arbeitsbedingungen.
- Das Poststellennetz muss im ganzen Kanton erhalten bleiben, auch in den Randregionen.
- 170 • Die Versorgungsnetze für Strom und Wasser dienen als öffentliche Güter der Allgemeinheit und nicht dem Profitstreben von Investoren.
- Der öffentliche Verkehr muss, mit genügend Angeboten, allen dienen - auch in den Randregionen.

175 Die Polizei braucht genügend Ressourcen, um die Verbrechensbekämpfung erfolgreich gewährleisten zu können.

# Energie und Klima

## Ausgangslage

180 Die Zeiten, in denen das Baselbiet energie- und umweltpolitisch zu den Pionierkantonen  
zu zählen war, liegen leider schon Jahrzehnte zurück. Seit 2017 ist nun das neue  
Baselbieter Energiegesetz in Kraft. Es enthält zwar einige Neuerungen sowie recht  
anspruchsvolle Zielsetzungen. Zur Erreichung derselben fehlen im Gesetz wichtige  
Massnahmen aus den neusten «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich»  
(MuKE). Diese müssen vom Landrat nun mittels Anpassungen im Energiedekret  
185 umgesetzt werden.

Die aktuelle Energiepolitik des Bundes und der Kantone basiert in vielen Bereichen auf der  
freiwilligen Umsetzung von Massnahmen. Mit Förderbeiträgen sollen Gebäudebesitzer und  
Betriebe zur Massnahmenrealisierung motiviert werden. Beim Bund stehen neu jährlich  
450 Mio. Franken aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe bereit, die an die Kantone für  
190 Energiefördermassnahmen verteilt werden. Mit jedem kantonalen Förderfranken können in  
Zukunft zwei Förderfranken aus dem Bundestopf in den jeweiligen Kanton gelenkt  
werden. Nach der Ablehnung der Energieabgabe müssen im Baselbiet andere Wege  
gefunden werden, damit der Kanton auch in Zukunft Fördergelder beschliessen kann. Nur  
so können Baselbieter Hauseigentümer und Betriebe von nennenswerten Geldern aus der  
195 CO<sub>2</sub>-Abgabe profitieren.

## Grundziele der SP

**Das Baselbiet muss wieder ein fortschrittlicher Energiekanton werden.**

Eine gesunde Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Wir müssen auch für die kommenden  
Generationen Sorge dazu tragen. Mit der jetzigen Energiepolitik verdienen sich  
200 internationale Konzerne eine goldene Nase. Diese Milliardengewinne müssen hierzulande  
in Solar- und Windanlagen, in Wärmepumpen, Plusenergiehäuser und energieeffiziente  
Betriebe investiert werden. Ein Umsteigen auf erneuerbare Energien und der  
verantwortliche Umgang mit natürlichen Ressourcen schont daher nicht nur Umwelt und  
Klima, sondern führt durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen auch zu mehr  
205 Wertschöpfung und Wohlstand in unserem Kanton.

## Unsere Forderungen

**Zügige Umsetzung geltender Vorschriften:** Das kantonale Energiegesetz ist konsequent  
und motivierend umzusetzen. So bieten die neuen Energiesparvorgaben den  
Grossverbrauchern eine gute Möglichkeit, um einen energieeffizienteren und langfristig  
210 günstigeren Betrieb erreichen zu können. Dazu muss die kantonale Energieberatung  
verstärkt werden..

**Energiedekret ausbauen:** Der Landrat muss die im Energiegesetz noch fehlenden  
Massnahmen der «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE) zügig im  
Energiedekret ergänzen und so die Umsetzung ermöglichen.



215 **Finanzierung der Baselbieter Förderbeiträge sicherstellen:** Beispielsweise mittels  
Gesetzesanpassung muss möglichst schnell wieder sichergestellt werden, dass der  
Kanton Energieförderbeiträge finanzieren und so von den 450 Mio. Franken CO2-Abgaben  
des Bundes profitieren kann. Mit jedem Förderfranken des Kantons erhalten wir zwei  
220 Franken vom Bund und können so Investitionen 15 bis 20 Franken und damit Arbeit für  
Firmen in unserer Region auslösen.

**Förderbeiträge deutlich erhöhen:** Damit noch mehr Hauseigentümer und Betriebe  
freiwillig ihre Gebäude isolieren und erneuerbare Heizungen einbauen, müssen die  
Beiträge für konkrete Massnahmen deutlich angehoben werden.

225 **Kanton als Vorbild:** Wir setzen uns bei den künftig anstehenden Investitionsvorhaben des  
Kantons – insbesondere im Bereich Hochbau – dafür ein, dass der Kanton bei eigenen  
Bau- und Sanierungsprojekten eine energetische Vorbildrolle einnimmt. Der Verbrauch  
fossiler Energieträger seitens der Verwaltung ist weiterhin schrittweise zu minimieren.

# Finanzen

## 230 **Ausgangslage**

Die finanzielle Lage des Kantons ist seit Jahren angespannt. Die rechtsbürgerliche Steuersenkungspolitik bei der Erbschaftssteuer und bei der Unternehmenssteuer hat Einnahmenverluste von über 100 Mio. CHF pro Jahr mit sich gebracht. Seit mehr als 10 Jahren drückt die rechte Mehrheit diverse Kürzungsprogramme in der Bildung, beim öffentlichen Verkehr und der sozialen Sicherheit durch. Diese Abbaupolitik und die damit ausgelöste Verunsicherung lassen kaum mehr Raum für eine positive Gestaltung der Zukunft. Verschärft wird diese Tendenz dadurch, dass der Kanton sich nach wie vor am ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen orientiert und sich bei der Sanierung des Haushalts weiterhin auf Ausgabenkürzungen fixiert, statt verantwortungsvoll Ausgaben und Einnahmen zu überprüfen.

235 Im Aufgaben- und Finanzplan 2018-2021 rechnet die Regierung zwar nun mit schwarzen Zahlen. Doch diese Prognosen sind trügerisch und der Preis dafür ist zu hoch. Etwa, wenn die "Entlastungen", also Kürzungen, bei Bildung und Kultur bis 2021 jährlich bis auf annähernd 29 Mio. steigen. Symptomatisch sind auch die Kürzungen von mehr als 30 Mio. 245 CHF pro Jahr bei den Prämienverbilligungen. Diese treffen vor allem Leute mit kleinen und mittleren Einkommen und vor allem Familien, die so die "Sanierung" finanzieren. Diese Politik mit weiteren Abbaumassnahmen beim ÖV, beim Umweltschutz und beim Personal in allen Bereichen richtet sich aber nicht nur gegen breite Bevölkerungskreise. Sie zerstört auch wichtige Standortfaktoren wie Infrastruktur, Fachausbildung, Lebensqualität und Sicherheit. Die Kosten werden auf die Gemeinden und auf die privaten Haushalte abgewälzt, Investitionen sind aufgeschoben worden. Besonders schwerwiegend ist, dass auch Verpflichtungen im Rahmen von Staatsverträgen geändert werden und das Baselbiet zu einem unzuverlässigen Partnerkanton geworden ist. Für die Steuergeschenke für 250 wenige müssen alle bezahlen – die ganze Bevölkerung und die ganze Region.

255

## **Grundziele der SP**

### **Wir wollen den Kahlschlag bei den Kantonsfinanzen stoppen.**

Dass unser unterfinanzierter Kanton saniert werden muss, steht ausser Frage. Diese Sanierung darf aber nicht auf dem Rücken der breiten Bevölkerung geschehen, wie das mit der Abbaupolitik der rechten Mehrheit passiert. Die Politik darf nicht einäugig nur die Ausgaben ins Auge fassen, sondern muss auch auf der Einnahmenseite Massnahmen ergreifen. Sie muss zudem alle Massnahmen auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüfen. Die Abbaupolitik wird uns mittelfristig teuer zu stehen kommen. Steuern sind nicht nur nötig für die Rückverteilung von oben nach unten, sie finanzieren auch die Dienstleistungen für die 260 ganze Bevölkerung. Diese Dienstleistungen müssen daran gemessen werden, ob sie für möglichst viele einen Nutzen bringen und ob sie nachhaltig sind. Alle müssen diese Dienstleistungen gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mitfinanzieren. Bezahlen sollen besonders jene, welche von der Arbeit anderer profitieren. Deshalb kommt es für uns auch nicht in Frage, Unternehmen noch mehr zu entlasten, im Gegenteil. Denn immer 265 mehr Kosten werden über Gebühren oder faktische Kopfsteuern (z.B. 270

Krankenkassenprämien) gedeckt, die vor allem Familien sowie untere und mittlere Einkommen belasten und nicht einkommensabhängig sind.

### **Unsere Forderungen**

275 **Keine ungerechten Steuergeschenke für Wohlhabende:** Die Umsetzung der SV17 (Neuaufgabe Unternehmenssteuerreform III) im Kanton muss ertragsneutral erfolgen, es soll keine Ertragsausfälle geben. Sie darf deshalb keine erneuten Steuergeschenke mit sich bringen. Auch bei der Vermögenssteuer dürfen keine Steuerkürzungen gemacht werden.

280 **Steuern statt unsolidarische Gebühren:** Progressive Steuern sorgen für die Rückverteilung von gemeinsam erarbeitetem Wohlstand. Das Baselbieter Steuergesetz darf deshalb nicht unsolidarischer werden. Wir wollen, dass es keine weiteren Gebührenerhöhungen gibt, denn diese belasten tiefe Einkommen proportional stärker als hohe Einkommen.

285 **Eine Mehrwertabgabe als wichtige Einnahmequelle:** Der Kanton soll endlich die Mehrwertabgabe einführen und einen einheitlichen Abgabesatz von mindestens 40% festlegen. Wir wollen, dass die Erträge der Mehrwertabgabe angemessen zwischen  
290 Gemeinden und Kanton aufgeteilt werden. Ein Teil der Mehrwertabgabe soll dafür eingesetzt werden, öffentliche Erholungsräume wie Grünflächen oder Spielplätze zu schaffen.

295 **Hohe Erbschaften wieder anständig besteuern:** Die SP setzt sich dafür ein, dass die Erbschaftssteuer auf Millionenerbschaften wieder eingeführt wird. Dies gibt dem Kanton wieder finanziellen Handlungsspielraum zurück und stärkt die Chancengerechtigkeit.

300 **Mehr Finanz- und Steuersolidarität:** Die Steuerkonkurrenz zwischen den Gemeinden muss eingeschränkt werden. Es braucht auch neue Ausgleichsmassnahmen, zum Beispiel im Bereich der unterschiedlich hohen Sozialhilfeausgaben.

305 **Steuerwettbewerb einschränken:** Der Kanton muss sich auch auf nationaler Ebene für eine Steuerharmonisierung einsetzen. Es kann nicht sein, dass sich die Kantone mit tiefen Steuern die guten SteuerzahlerInnen und Grossunternehmen abwerben und deswegen alle Defizite schreiben und die tiefen und mittleren Einkommen stärker belasten müssen.

310 **Mehr Einnahmen durch mehr Personal bei den Steuerrevisionen:** Durch Einstellen von qualifiziertem Personal beim Prüfen der Veranlagungen bei Selbständigerwerbenden und juristischen Personen können die Steuereinnahmen erhöht und die Steuerhinterziehung bekämpft werden. Das ist in anderen Kantonen erfolgreich erprobt worden.

**Generationengerechte Investitionspolitik:** Das Baselbiet braucht eine mutige und generationengerechte Investitionspolitik. Der Kanton muss Investitionen auch durch

315 Schulden finanzieren, weil diese Finanzierung generationengerecht ist: So bezahlen jene Generationen die Investitionen durch Abschreibungen und Zinsen, die auch davon profitieren.

# Gesellschaft und Soziales

## 320 **Ausgangslage**

Die rechtskonservativen Kräfte haben heute das Parlament und die Regierung fest im Griff und treiben ihre Abbaupolitik voran. Darunter leiden Familien, Junge und Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Den Anliegen einer nachhaltigen und wirksamen Familienpolitik wird nicht Rechnung getragen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche

325 Veränderungen, die Einfluss auf Familien- und Erziehungsmodelle haben, werden weder anerkannt noch angegangen. Soziale Aufgaben werden nur als Kostentreiber betrachtet und auf ein Minimum reduziert. Eine proaktive und innovative Sozialpolitik im Sinne von sozialen Investitionen in die Zukunft hat keine Chance. Die Krankenkassenprämien steigen jährlich drastisch an. Sie belasten heute das Budget der Wenig- und Normalverdienenden  
330 übermässig. Gesellschaftliche Veränderungen finden keinen Eingang in die Politik. Es droht eine Entsolidarisierung der Generationen: Junge Menschen erleben, dass ihre Rechte zunehmend beschnitten und die Erwartungen an sie nur noch hochgeschraubt werden.

Die Abbaulogik der Bürgerlichen ist einfach: Sie nehmen das Geld bei den Menschen, die sich am wenigsten wehren können. Das sind oft auch jene, die aufgrund ihrer Gesundheit, wegen Schicksalsschlägen oder wirtschaftlichen Umwälzungen ihren Lebensunterhalt vorübergehend oder dauerhaft nicht durch Lohnarbeit finanzieren können.  
335

## **Grundziele der SP**

### 340 **Wir wollen ein Leben in Würde für alle.**

Ein tragfähiges soziales Netz ist für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft die Grundvoraussetzung. Alle haben Anrecht auf soziale Sicherheit. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine sichere Altersvorsorge. Familien müssen in ihrer ganzen Vielfalt unterstützt werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. In einer modernen,  
345 fortschrittlichen Gesellschaft braucht es neue Modelle des Zusammenlebens der Familie, der Arbeit und der Gemeinschaft. Nur so kann Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ermöglicht und gelebt werden.

## **Unsere Forderungen**

350 **Zahlbare Krankenkassenprämien:** Neben den Mietkosten sind heute die Krankenkassenprämien die grösste finanzielle Belastung für untere und mittlere Einkommen. Da braucht es dringend Entlastung. Die SP-Prämien-Initiative verlangt, dass die Prämien maximal 10% des Haushaltsbudgets ausmachen dürfen. Um das zu erreichen, sollen die individuellen Prämienverbilligungen erhöht werden.

355 **Ergänzungsleistungen für Familien:** Um zu verhindern, dass armutsgefährdete Familien Sozialhilfe beanspruchen müssen, braucht es Ergänzungsleistungen für Familien. Wir bekämpfen Kinderarmut!

360 **Unterstützungsmöglichkeiten sichtbar machen:** Die Fachstellen (z. B. die  
Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz)  
sind wichtig und leisten hervorragende Arbeit. Sie sollen deshalb der breiten Öffentlichkeit  
durch eine Informationskampagne vermehrt bekannt gemacht werden. Wenn sie  
sichtbarer werden, sinkt die Hemmschwelle, mit ihnen in Kontakt zu treten.

365 **Alternative Wohnformen im Alter:** Es braucht neue Wohnformen, insbesondere in der  
dritten und vierten Lebensphase bzw. nach der Pensionierung. Aktive Prävention und  
Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh beginnen. Heute reicht die normale  
Vorsorge für die meisten HeimbewohnerInnen im Alter nicht mehr, über die Hälfte muss  
370 regelmässig Ergänzungsleistungen beziehen.

**Tageschulen für Chancengleichheit:** Tageschulen stärken die Chancengleichheit, weil  
das Entwicklungspotential von Schülerinnen und Schülern weniger stark vom  
Bildungsgrad und den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern abhängt. Der Zugang zu  
375 Tageschulen soll deshalb für alle kostenfrei sein und über unser solidarisches  
Steuersystem finanziert werden. Zusätzlich braucht es Mittagstisch-Angebote und  
Nachmittagsstrukturen zur flexiblen Unterstützung der Familien und erwerbstätigen Eltern.

**Familienergänzende Betreuung (FEB) für alle:** Es braucht einen Ausbau der  
familienergänzenden Betreuungsangebote, so dass sich alle Eltern einen Kita-Platz leisten  
können. Es darf niemand dazu gedrängt werden, zu Hause zu bleiben, nur weil die Kita  
den gesamten zusätzlichen Lohn wegfrisst.  
380

**Mietzinsbeiträge ausbauen:** Für Menschen mit kleinem Einkommen sind die Mietkosten  
oft ein sehr grosser Anteil ihrer Fixausgaben und stellen für ihr bescheidenes Budget eine  
übermässige Belastung dar. Mietzinsbeiträge sollen Betroffene zusätzlich finanziell  
unterstützen.  
385

**Freiräume für die Jugend:** Jugendliche sind einem sehr starken Konsumdruck  
ausgesetzt. Sie brauchen Orte und Räume, an denen sie sich treffen und entfalten können  
– sozial, kulturell, künstlerisch, politisch und musikalisch. Gerade in den ländlichen  
Regionen des Kantons mangelt es an offener Jugendarbeit und Jugendtreffs. Solche  
Angebote müssen zur Pflichtaufgabe für Gemeinden oder Gemeindeverbände werden.  
390

**Liberaler Drogenpolitik:** Cannabis soll legalisiert werden. Dies ermöglicht einen sicheren  
Konsum und vereinfacht die Präventionsarbeit.  
395

# Gesundheit

## 400 **Ausgangslage**

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen und steigen. Und zwar nicht nur für den Staat bei den Betriebskosten der Spitäler, sondern vor allem auch für die Bevölkerung. Wir spüren das bei den Krankenkassenprämien und bei den Arzt- und Pflegekosten. Das unsoziale System der einheitlichen Kopfprämien bei den Krankenkassen ist besonders

405 ungerecht, vor allem, wenn der Kanton die Prämienverbilligungen um mehr als die Hälfte kürzt, wie das in den letzten Jahren im Baselbiet geschehen ist.

In unserer Region muss in erster Linie eine gemeinsame, regionale Spitalplanung erarbeitet und umgesetzt werden. Das Überangebot an Spitalbetten muss abgebaut werden – auch wenn die Konsequenzen an einzelnen Standorten hart sind. Zudem muss

410 der ambulante Bereich gegenüber dem stationären priorisiert werden. Nur so lassen sich die Spitalkosten längerfristig eindämmen.

## **Grundziele der SP**

**Wir wollen, dass Gesundheit für alle bezahlbar ist.**

415 Wir brauchen eine qualitativ hochstehende, soziale Gesundheitsversorgung. Diese muss für alle zahlbar sein und darf nicht zu einer Zweiklassenmedizin führen. Prämienverbilligungen müssen dafür sorgen, dass die Krankenkassenprämien nicht mehr als 10% des Haushaltsbudgets ausmachen.

Damit die Kosten nicht weiter explodieren, braucht es regionale Lösungen. Die

420 Zusammenarbeit des Kantonsspitals Baselland mit dem Universitätsspital Basel in einer gemeinsamen Spitalgruppe ist notwendig. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau von Präventionsangeboten sind unverzichtbar und wirken sich auf die Dauer ebenfalls kostensenkend aus.

Die Gemeinden dürfen bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der ambulanten

425 Versorgung und bei der Pflege im Alter vom Kanton nicht allein gelassen werden. Besonders ist auch darauf zu achten, dass die im sozialen Netz von Familie und Nachbarschaft geleistete Care-Arbeit unterstützt und in angemessenem Rahmen honoriert werden kann.

## 430 **Unsere Forderungen**

**Ja zur Prämienverbilligung:** Gesundheit muss bezahlbar sein. Deshalb braucht es einen Ausbau der Prämienverbilligungen, damit niemand mehr als 10% des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss.

435 **Regionale Spitalplanung realisieren:** Die längstens notwendige, regionale Spitalplanung muss mit höchster Priorität umgesetzt werden. Ein Abbau von Überkapazitäten wirkt kostensenkend. Dies wirkt sich auch auf die Höhe der Krankenkassenprämien aus.

440 **Keine Privatisierung der gemeinsamen Spitalgruppe:** Die Bildung einer gemeinsamen Spitalgruppe aus dem Universitätsspital BS und dem Kantonsspital BL muss in Form einer öffentlich-rechtlichen Aktiengesellschaft erfolgen. Eine Privatisierung kommt nicht in Frage.

445 **Gute Arbeitsbedingungen in den Spitälern:** Auf dem Buckel des Personals dürfen keine Kosten gesenkt werden. Zu den Arbeitsbedingungen, zur Sicherheit und zur Qualität braucht es klare Aussagen des Kantons in der Eigentümerstrategie. Da mit der Eigentümerstrategie nur das Kantonsspital erfasst wird, muss die Aufnahme der privaten Spitäler auf die Spitalliste an Bedingungen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, der Sicherheit und der Qualität geknüpft werden.

450 **Einrichtung von Gesundheitszentren:** Der Kanton soll prüfen, ob und wie Gesundheitszentren eingerichtet werden können. Solche gibt es in der Romandie bereits. Sie haben in der Prävention eine wichtige Aufgabe, sind Anlaufstellen für kleinere und grössere medizinische Fragen (Entlastung der Notfallstationen) und haben eine wichtige Beratungsfunktion. Wichtig ist aber auch der soziale Aspekt, gerade in Bezug auf  
455 Menschen am Rand der Gesellschaft. Diese finden im Gesundheitszentrum eine Anlaufstelle.

460 **Care-Arbeit honorieren:** Einer der wichtigsten Beiträge zur Dämpfung der Gesundheitskosten ist die in den sozialen Netzen von Familie und Nachbarschaft geleistete Care-Arbeit. Diese muss die Wertschätzung erhalten, die sie verdient. Private, kommerzielle Dienstleistungen in diesem Bereich müssen anständig honoriert werden und arbeitsrechtlich sauber abgewickelt werden.

465 **Höhere Priorität für den ambulanten Bereich:** Die teure stationäre Versorgung im Spital muss vermehrt durch ambulante Behandlung ersetzt werden. Damit grössere Projekte in der ambulanten Behandlung vorankommen, muss in diesem Bereich auch der Kanton in Pflicht genommen werden.

470 **Prävention ausbauen statt abbauen:** Die Präventionskampagnen und Beratungsaufgaben im Allgemeinen sowie für spezifische Bevölkerungsgruppen müssen aufrechterhalten und ausgebaut werden. Sie dürfen nicht einer kurzsichtigen Abbaupolitik zum Opfer fallen, die uns später teuer zu stehen kommt.

475 **Kombinierte Wohn- und Betreuungsangebote:** Für das Leben im Alter und für Menschen mit Beeinträchtigungen braucht es neue Wohnformen, die Wohnen und Betreuung kombinieren.



# Gleichberechtigung

## 480 **Ausgangslage**

In unserer Gesellschaft werden Frauen und Männer noch immer ungleich behandelt. Frauen verdienen weniger Lohn, besitzen kaum Vermögen und haben weniger Rente, obwohl sie seit 1981 in der Verfassung den Männern gleichgestellt sind. Sie sind in politischen Ämtern und in wirtschaftlichen Führungsgremien untervertreten, obwohl sie seit

485 1971 das Stimm- und Wahlrecht haben. Sie verrichten noch immer den grössten Teil der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit im Privaten, was zu einer mehrfachen finanziellen Benachteiligung führt. Männer müssen gleichzeitig die Ernährerrolle leben, sie erhalten bspw. nach der Geburt ihres Kindes nur einen Tag frei (wie bei einem Umzug). Anstatt dass es mit der Gleichstellung vorangeht, rutschen die Frauen- und

490 Gleichstellungsanliegen durch den weltweiten Rutsch nach Rechts und durch das Aufsteigen von Nationalismus und Rassismus vermehrt in den Hintergrund und sie werden lächerlich gemacht. Darunter leiden Menschen mit Migrationshintergrund und lesbische, schwule, bisexuelle und transgener Menschen (LGBT) genau gleich wie Frauen. Wer nicht den klischierten Rollenbildern gerecht wird, erlebt Sexismus und Diskriminierung. Die

495 Schweiz hat in Sachen Gleichberechtigung grossen Nachholbedarf. Die Suizidrate homosexueller Jugendlichen ist frappant höher als bei heterosexuellen und sie erleben auf offener Strasse Diskriminierung und Gewalt.

## **Grundziele der SP**

500 **Wir wollen die ökonomische, politische und kulturelle Gleichberechtigung aller Geschlechter.** Das bedeutet, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn verdienen. Frauen und Männer teilen sich die Care-Arbeit (Pflege- und Betreuungsarbeit) gleichberechtigt. Moderne Familienstrukturen werden durch gute Betreuungsangebote und Tageschulen ermöglicht. Die Vereinbarung von Beruf und

505 Familie funktioniert und Frauen finden in Politik und Verwaltung genügend Repräsentation. Menschen werden weder aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, noch aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Queere Menschen stossen auf Akzeptanz und Unterstützung in unserer Gesellschaft. Homo- und Transphobie dürfen keinen Platz haben.

## 510 **Unsere Forderungen**

**Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit:** Frauen müssen für gleiche Arbeit gleich viel verdienen wie Männer. Dazu braucht es Lohntransparenz, Geschlechterquoten für Kader und flexible Arbeitszeitmodelle – in der kantonalen Verwaltung und in der Privatwirtschaft. Der Kanton Baselland soll die Charta für Lohngleichheit des Bundes endlich

515 unterzeichnen und umsetzen.

**1% der Lohnsumme für die Vereinbarkeit:** Unternehmen profitieren beim Ausbau einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik mit einem Return on investment von 8%, wie verschiedene Studien gezeigt haben. Heute wird aber der grösste Teil der Kosten für die

520 Betreuungsangebote durch die Eltern getragen. Deshalb sollen neu 1% der Lohnsumme

durch die Unternehmen an eine Stiftung eingezahlt werden, die mit zusätzlichen staatlichen Mitteln die Betreuungsangebote (FEB-Angebote) koordinieren soll.

525 **Einführung eines 4-wöchigen Vaterschaftsurlaubs:** Die Geburt eines Kindes ist ein grosser Schnitt im Leben der Eltern. Für einen gelungenen Start braucht es präzente Eltern. 90% der Schweizer Männer wollen mehr Zeit und Flexibilität, um mehr für ihre Kinder da sein zu können. Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines 20-tägigen Vaterschaftsurlaubs in der Verordnung über den Elternurlaub und langfristig einen Elternurlaub, der zwischen Mutter und Vater aufgeteilt werden kann.

530 **Jobsharing auf Kaderstufe und mehr Teilzeitarbeit:** Jobsharing und Teilzeitarbeit sollen auf allen Stufen in der Kantonsverwaltung ermöglicht und gefördert werden. Der Kanton soll mit solchen Massnahmen auch eine Vorreiterrolle für Gemeinden und für die Privatwirtschaft übernehmen.

535 **Vielfalt fördern:** Der Kanton hat für die Privatwirtschaft eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Bis in 10 Jahren soll eine ausgeglichene Vertretung aller Geschlechter auf allen Kaderstufen in der Verwaltung verwirklicht werden.

540 **Freiwilligenarbeit unterstützen:** In unserer Region gibt es einige sehr engagierte Gleichstellungsprojekte, die von Freiwilligen initiiert und aufgebaut wurden. Bereits bestehende Fördergelder für Jugendprojekte sollen aufgestockt und verstärkt im Bereich Gleichstellung und LGBT-Themen eingesetzt werden.

545 **Care (Sorge) ermöglichen:** Care-Arbeit steht für Pflege- und Betreuungsarbeit. Der Grossteil wird heute unbezahlt von Frauen erledigt. Dies führt zu weniger Einkommen, weniger Anerkennung, weniger Schutz und weniger Rente für die Leistenden. Dieser mehrfachen Benachteiligung muss ein Ende gesetzt werden. Als erster Schritt sollen bezahlte Freitage für Notfall-Pflege und bezahlter Sozialurlaub von bis zu zwei Wochen bei anhaltender Pflegebedürftigkeit emotional nahestehender Angehöriger gesetzlich festgehalten werden.

555 **Ausbau des Auftrags des Büros für Gleichstellung:** Die Arbeit des Büros für Gleichstellung soll sich nicht auf das binäre Geschlechterverständnis von Frauen und Männern beschränken, sondern sich dank zusätzlichen Ressourcen mit LGBT-spezifischen Themen auseinandersetzen können.

560 **Transmenschen während der Transition unterstützen:** Transpersonen greifen auf Namensänderungen zurück, um bereits während der Transition (Umwandlung) mit dem neuen Namen im Privaten und Öffentlichen leben zu können. Bürokratische Hürden sollen minimiert und schikanöse Voraussetzungen für die Namensanpassung, wie die Hormoneinnahme oder psychiatrische Begleitung, müssen abgeschafft werden.

# Kultur

565

## Ausgangslage

Der Kulturartikel in der Baselbieter Kantonsverfassung hält fest, dass die Förderung von Kunst und Kultur eine öffentliche Aufgabe von Kanton und Gemeinden ist.

570

Kultur entsteht und besteht, wo Menschen sich miteinander, mit ihrer Umwelt, ihrer Vergangenheit und Zukunft auseinandersetzen. 87% der BaselbieterInnen waren 2014 mit dem kulturellen Angebot der Region zufrieden.

575

Viele Menschen engagieren sich freiwillig in Vereinen und Organisationen, fast zwei Drittel der Bevölkerung nimmt regelmässig kulturelle Angebote wahr. Leider ist es aber immerhin für ein Drittel der Bevölkerung die Realität, dass nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um sich kulturelle Aktivitäten leisten zu können.

580

Der Kanton hat seine Ausgaben für Kultur, Sport und Freizeit in den letzten Jahren drastisch reduziert. Abbau wo man hinschaut: Bei Sport und Freizeit von 10.7 Mio. im Jahr 2008 auf 2,5 Mio. 2016. Bei den allgemeinen Kulturausgaben von 22 Mio. 2008 auf 16.4 Mio. 2016. Und der grosse Brocken von mehr als 5 Mio. Kürzungen kommt erst noch mit der Halbierung der Kulturvertragspauschale!

585

Mit diesem finanziellen Desengagement gehen Forderungen einher, sich auch inhaltlich verstärkt an einem retrospektiven, angeblich ländlichen Kulturkonzept zu orientieren und ein innovatives, experimentelles, grenzüberschreitendes Kulturschaffen in den Hintergrund zu rücken.

590

## Grundziele der SP

Kultur ist der kollektive, vielfältige Reichtum an Ausdrucksmöglichkeiten, an Kommunikation in allen Formen – traditionellen ebenso wie experimentellen und innovativen. Kultur wirkt und prägt. Sie durchwirkt unser Leben. Kultur reflektiert das Eigene und Fremde, erweitert den Horizont und verbindet über Grenzen hinweg. Das kulturelle Gepräge verleiht dem Alltäglichen seinen besonderen, unverwechselbaren Reiz und Wert. Nichts ist ohne Kultur, aber ohne Kultur ist alles nichts.

595

**Wir brauchen keine staatlich verordnete Landkultur, sondern wir wollen ein Kultur-Land sein, das nicht nur Privilegierten, sondern allen das Kulturschaffen und den Kulturkonsum möglich macht.**

600

Kanton und Gemeinden müssen, wie in der Verfassung vorgesehen, Ressourcen zur Verfügung stellen, um kreatives Wirken und Vermitteln zu ermöglichen.

Kultur setzt sich mit dem Zustand der Gesellschaft, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft auseinander. Kunst und Kultur schaffen und hinterfragen Identität, vermitteln eigene und fremde Werte, ermöglichen Austausch und Auseinandersetzung zwischen Menschen verschiedener Generationen, zwischen Männern und Frauen mit unterschiedlicher Herkunft. In diesem Sinne tragen Kultur und Kulturförderung bei zu Kreativität, Toleranz und Verständnis.

605

## Unsere Forderungen

- 610 **In Kultur und Vielfalt investieren:** Die Baselbieter Kulturpolitik droht unter der rechtsbürgerlichen Führung in der Bedeutungslosigkeit und Lächerlichkeit zu versinken. Wer bei der Kultur deinvestiert, hat nicht begriffen, welchen Stellenwert das Kulturleben für den Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität in unserer Region hat. Die SP verlangt mindestens eine Verdoppelung des Kulturetats und eine Kulturpolitik, die nicht Kulturschaffende gegeneinander ausspielt.
- 615 **Szenenlokale lebensfähig und lebendig erhalten:** Für eine lebendige Kultur- und Musikszene braucht es kommunale und regionale Szenenlokale. Davon gibt es einige, wie das Z7, das Marabu, das Modus oder die Biomill. Doch nicht alle stehen auf sicheren Füßen. Der Kanton braucht ausreichende Mittel, um den Betrieb solcher Institutionen mit regionaler und überregionaler Ausstrahlung unterstützen zu können.
- 620 **Zwischennutzungen fördern und ersetzen:** Zwischennutzungen bieten beste Möglichkeiten für innovative Startups und kreative Tätigkeiten. Es liegt im Wesen von Zwischennutzungen, dass sie vorübergehender Art sind. Es liegt aber auch im Interesse einer lebendigen Kultur, dass immer wieder Plattformen für kreatives Arbeiten und Leben geschaffen werden. Der Kanton soll sich beim Bereitstellen und Ersetzen von Zwischennutzungen engagieren.
- 625 **„Kulturlegi“ schaffen:** Mit der kantonalen Förderung einer „Kulturlegi“ soll auch Menschen mit geringen Einkommen die aktive und passive Teilnahme am kulturellen Leben erleichtert werden.
- 630 **Partnerschaftliche Kulturpolitik stärken:** Die Region ist ein gemeinsamer Kulturraum, der auch eine gemeinsame Trägerschaft und Finanzierung von Kulturangeboten erfordert. Diesem Zweck dient auf Baselbieter Seite der Kulturvertrag, an dem nicht gerüttelt werden darf. Vielmehr ist die darin verankerte Kulturvertragspauschale auszubauen – nicht zuletzt, um eine halbwegs angemessene Beteiligung an den Betriebskosten des Theaters Basel gewährleisten zu können. Dazu gehören aber auch die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel und der Fachhochschulen mit ihrer grossen kulturellen Ausstrahlung sowie der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus.
- 635
- 640

# Migration, Integration und Asyl

## Ausgangslage

645 Weltweit hat in den letzten Jahren die unfreiwillige Migration zugenommen. Sie wird  
ausgelöst durch Krieg und Gewalt vor allem im Nahen Osten, durch Klimakatastrophen,  
aber auch durch die ungerechte Verteilung des Reichtums zwischen den Ländern des  
Nordens und des Südens. Damit die Menschen nicht mehr dazu gezwungen sind, ihre  
Heimat unfreiwillig zu verlassen, braucht es ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung und  
der kriegerischen Auseinandersetzungen. Dazu ist eine Entwicklungspolitik nötig, die  
650 einerseits Hilfe vor Ort fördert und andererseits die Konzerne zur Verantwortung  
verpflichtet, die Bevölkerung nicht auszubeuten. Es braucht zudem eine friedensfördernde  
Aussenpolitik und ein Ende des globalen Steuerwettbewerbs. Um den Menschen in ihrer  
schrecklichen Situation auf der Suche nach Schutz und Arbeit angemessen zu helfen,  
braucht es europäische Lösungen, die jedoch nicht in Sicht sind.

655 Zusätzlich zu den Herausforderungen durch die unfreiwillige Migration geraten auch  
migrationspolitische Errungenschaften wie die Personenfreizügigkeit zunehmend unter  
Druck. In vielen Ländern in Europa werden wieder Grenzzäune hochgezogen, und eine  
zunehmende Abschottung und Militarisierung prägen die Migrationspolitik der EU und der  
Schweiz. Doch die Schweiz ist und bleibt ein Einwanderungsland, ein kleiner und offener  
660 Staat, der wirtschaftlich immer von MigrantInnen profitiert hat. Trotzdem ist die Migrations-  
und Asyldebatte zurzeit vor allem geprägt durch bewusst geschürte Angst und  
fremdenfeindliche Diskurse von Rechts. Geht es um die Einbürgerung der zweiten und  
dritten Generation von MigrantInnen werden hohe Hürden bei der Einbürgerung auferlegt.  
Gleichzeitig kann über ein Viertel der Schweizer Bevölkerung nicht über die wichtigsten  
665 politischen und gesellschaftlichen Fragen mitbestimmen. Dieses massive  
demokratiepolitische Defizit passt nicht zum Selbstbild der Schweiz als Musterland der  
Demokratie und Mitbestimmung.

## Grundziele der SP

670 **Wir wollen die humanitäre Tradition der Schweiz ausbauen.**

Die Schweiz und auch der Kanton Baselland müssen die Migration grundsätzlich als  
Chance und nicht als Bedrohung betrachten. Es braucht eine Ausländerpolitik, die mittel-  
und langfristig auf Integration ausgelegt ist – einen Prozess, der von allen Beteiligten  
Respekt und Dialogbereitschaft verlangt. Kanton und Gemeinden müssen sich zur  
675 konkreten Integrationsförderung verpflichten. Diese darf auch etwas kosten. Viele  
MigrantInnen haben in ihrem Heimatland eine Ausbildung, zum Teil mit  
Hochschulabschluss, gemacht und nehmen hier den erstbesten Job an, um über die  
Runden zu kommen. Da geht viel Potenzial verloren.

Die Tradition der humanitären Schweiz muss aufrechterhalten und weiterentwickelt  
werden: Das Recht auf Schutz darf Menschen auf der Flucht nicht aufgrund  
680 innenpolitischer Stimmungen aberkannt werden. Wir wollen konsequente und effiziente  
Asylverfahren, die den Asylsuchenden ihre Würde und ihre individuellen Rechte  
garantieren. Dafür müssen Asylsuchende kurzfristig in hoher Zahl menschenwürdig

685 untergebracht werden können. Auch der Kanton und alle Gemeinden müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Migration bedeutet aber auch, dass sich Menschen mit unterschiedlichster Herkunft in Arbeit, Schule und Freizeit begegnen. Die Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton Baselland gehören alle zu uns, unabhängig von ihrer Passfarbe. Ihre Bedürfnisse müssen von der Politik gleichberechtigt gewichtet werden.

690

### **Unsere Forderungen**

#### **MigrantInnen dürfen nicht allein gelassen und ihrem Schicksal überlassen werden:**

695 Viele MigrantInnen werden von der Wirtschaft ausgenutzt. Sie sind Working poor, arbeiten in temporären Verhältnissen und landen überdurchschnittlich oft in der Sozialhilfe. Die Hilfe kommt erst, wenn schon viel Schaden angerichtet und Schulden angehäuft worden sind.

**Gratis Deutschkurse zur erfolgreichen Integration:** Die Sprache als zentrales Element für eine erfolgreiche Integration darf keine Frage des Portemonnaies sein. Um die soziale Isolierung zu verhindern, müssen Menschen mit anderen Muttersprachen gratis Deutschkurse besuchen dürfen.

700

**Die ArbeitgeberInnen in die Pflicht nehmen:** Sie sollen einen Beitrag zum Gelingen der Integration leisten, beispielsweise indem sie Arbeitszeit zum Besuch von Sprachkursen und anderen Integrationsangeboten zur Verfügung stellen oder indem zur Finanzierung solcher Kurse beitragen.

705

**Integration durch politische Mitverantwortung:** Wer in der Gesellschaft Verantwortung mitträgt, kann sich auch besser integrieren. Deshalb soll den niedergelassenen AusländerInnen das (kommunale und kantonale) Stimm- und Wahlrecht erteilt werden.

710

**Nationale Asylpolitik unterstützen:** Der Kanton muss die Asylpolitik des Bundes unterstützen, die dank Bundeszentren die Asylverfahren koordinieren und beschleunigen will. Dazu soll er bereit sein, Bundeszentren auch auf seinem Territorium zu führen. Das ist wichtig, weil dies eine faire und rasche Bearbeitung der Asylgesuche ermöglicht. Das jahrelange Verharren in der Ungewissheit ist unmenschlich.

715

**Einfache und faire Einbürgerungsverfahren:** Die Einbürgerungsverfahren in Kanton und Gemeinden müssen vereinfacht und fair gestaltet werden. Das Bürgerrechtsgesetz muss in diesem Sinne revidiert werden. Die Wohnsitzfristen sollen auf acht Jahre reduziert und die materiellen Anforderungen bundesrechtlich abschliessend verbindlich konkretisiert werden. Die Verfahren und die Gebühren müssen vereinheitlicht werden. Volksabstimmungen über Einbürgerungsgesuche sollen abgeschafft werden.

720

**Unterstützung für traumatisierte Kinder und Jugendliche:** In unseren Schulen nimmt die Anzahl der Kinder mit Kriegs- und Fluchterfahrungen zu. Diese oft traumatisierten Kinder und Jugendlichen brauchen spezielle Unterstützung. Diesem Umstand muss

725

Rechnung getragen und den Lehrpersonen müssen Fachpersonen oder Fachstellen zur Seite gestellt werden. Ein frühes, professionelles Krisenmanagement bei Traumatisierungen hilft, chronischen Langzeitfolgen vorzubeugen.

730

**Förderung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen:** Mittels gezielter Integrationsmassnahmen sollen Asylsuchende frühzeitig auf eine Erwerbstätigkeit vorbereitet und in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Schon heute stellt man fest, dass solche Programme wirksam sind

735

und für alle Beteiligten einen Gewinn darstellen. Zudem sollen Berufsausbildungen aus der Heimat anerkannt oder ein entsprechender Ausbildungsplatz soll angeboten werden, damit Geflüchtete auf ihrem gelernten Beruf arbeiten können.

740

**Operation Papyrus für den Kanton Baselland:** Viele Sans-Papiers in der Region arbeiten in Baselland und wohnen im Kanton Basel-Stadt oder umgekehrt. Es braucht darum eine gemeinsame Vorgehensweise für die Regularisierung von Sans-Papiers, welche seit Jahren bei uns leben und arbeiten. Der Kanton Baselland soll sich an der Operation Papyrus in Genf orientieren und sich für eine gemeinsame Vorgehensweise mit Basel-Stadt einsetzen.

745

# Regionale Zusammenarbeit

## Ausgangslage

750 In unserer politisch kleinräumig strukturierten Region ist die Zusammenarbeit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus absolut zentral. Ganz besonders gilt das für die Partnerschaft mit dem Stadtkanton und die Trägerschaft der gemeinsamen Institutionen, so zum Beispiel der Universität. In den letzten Jahren wurde der Kanton Baselland als Partner immer unzuverlässiger. Trotz bestehender Abkommen werden – wie bei der Universität und beim Kulturvertrag – einseitig Kürzungen beschlossen. Die rechte Mehrheit 755 spekuliert auf die Grosszügigkeit des Partnerkantons und lässt das Baselbiet in die Rolle des Trittbrettfahrers zurückfallen. Anstatt konstruktiv und solidarisch an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten, wird zum wiederholten Mal das Märchen vom über-den-Tischgezogen-Werden inszeniert, um das Baselbiet zu isolieren. Gleichzeitig wird die erfolgreiche Politik der rot-grünen Mehrheit in Basel durch die rechte Blockpolitik im 760 Baselbiet herabgesetzt, weshalb es nicht verwunderlich ist, wenn in der Stadt Gegenbewegungen einsetzen. An solchen Gegensätzen drohen aktuell die Bildung einer gemeinsamen Spitalgruppe und einer gemeinsamen Spitalplanung zu scheitern.

## Grundziele der SP

765 **Wir wollen eine starke Region Basel ohne Abschottung.**

Weil unsere Region ein Lebensraum und ein Wirtschaftsraum ist, müsste sie eigentlich auch eine politische Einheit sein. Leider ist zurzeit an der politischen Zersplitterung nichts zu ändern. Aber die Herausforderungen durch eine globalisierte Wirtschaft, die Planung und Umsetzung von grossen Infrastrukturprojekten und Bildungsaufgaben können nur 770 gemeinsam und solidarisch angegangen werden. Wir sind in beiden Kantonen die verlässliche Kraft für eine zukunftsweisende Partnerschaftspolitik. Diese soll auch der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen.

## Unsere Forderungen

775 **Gemeinsame Trägerschaft der Uni und Hochschullandschaft Nordwestschweiz stärken:** Die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel darf nicht gefährdet werden. Die Finanzierung dieser gemeinsamen Trägerschaft, wie auch jener der Fachhochschule Nordwestschweiz, soll unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partner solidarisch erfolgen.

780 **In Kultur und Vielfalt investieren:** Die Baselbieter Kulturpolitik droht unter der Leitung der zuständigen FDP-Regierungsrätin in der Bedeutungslosigkeit und Lächerlichkeit zu versinken. Wer bei der Kultur abbaut, hat nicht begriffen, welchen Stellenwert das Kulturleben für den Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität in unserer Region hat. 785 Die SP verlangt mindestens eine Verdoppelung der Kulturbeiträge und eine ernst zu nehmende Beteiligung an den Betriebskosten des Theaters Basel.



**Gemeinsame Spitalplanung sichern:** Bei der regionalen Spitalplanung braucht es eine gemeinsame Strategie und eine gemeinsame Spitalliste. Es verträgt kein Festhalten an untauglichen Standorten und zu vielen Spitalbetten. Kantönligeist und lokales Prestigedenken haben in einer weitsichtigen Politik nichts zu suchen.

**Trinationale Zusammenarbeit ausbauen:** Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus eröffnet nicht nur neue Horizonte, sondern sie ist ein erheblicher Standortvorteil für unsere Region. Diesen können wir nur nutzen, indem wir in diese Zusammenarbeit und in die dafür zuständigen Institutionen investieren.

**Gemeinsame Planungen fortführen:** Der Verkehr kennt keine Kantonsgrenzen. Die beiden Kantone sollen gemeinsame, nachhaltige Verkehrsplanungen wie das Herzstück vorantreiben.

# Sicherheit

## Ausgangslage

805 Sorgen, Verunsicherung und Ängste zeigen sich in unserer schnelllebigen und hochkomplexen Welt in vielen Bereichen und Lebenslagen. Sie beruhen auf den verschiedensten Erfahrungen und Ursachen: Im Arbeitsprozess nimmt der Leistungsdruck zu. Die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt Existenzängste. Der Verlust von sozialen Bindungen und Netzen wird noch verschärft durch den Abbau von Angeboten des Service Public, beim ÖV, bei der Post und bei anderen Versorgungsnetzen. Das Aufbrechen von kulturellen Mustern und traditionellen Rollenbildern schürt Verunsicherungen. Widersprüche und Konflikte in der globalisierten Welt wirken sich durch Migration und die mediale Präsentation auch in unserem Alltag aus.

810 Die politische und mediale Bewirtschaftung dieser Sorgen und Ängste fixiert sich auf die Wahrnehmung von Gewalt und Kriminalität und schürt oft die Emotionen und die Verunsicherung mehr, als dass sie sie abbaut. Um diesen Ängsten zu begegnen, braucht es eine gut ausgebaute Polizei, die Straftaten verhindert und aufdeckt, und eine funktionierende Justiz, die sie ahndet.

## 820 Grundziele der SP

### **Wir wollen ein sicheres Leben für alle.**

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist Teil des Service Public. Das Gewaltmonopol muss beim Staat bleiben. Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, braucht es eine gut ausgebildete Polizei mit genügend Ressourcen. Der Staat muss durch 825 Gesetzgebung und durch Strafverfolgung Straftaten verhindern und den BürgerInnen Sicherheit vermitteln. Um der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft zu begegnen und die Kriminalität weiter einzudämmen, braucht es nicht bloss die konsequente Ahndung von Verbrechen, sondern vor allem auch einen Ausbau der Prävention.

830 Um den Menschen aber mehr Sicherheit zu vermitteln, die sich auf die ganze Lebensplanung und -gestaltung auswirken kann, braucht es mehr als das. Es braucht Chancengerechtigkeit, ein gut ausgebautes Bildungssystem, gute Löhne, faire Mieten, einen wirksamen sozialen Ausgleich und solide Sozialversicherungen sowie für alle nutzbare öffentliche Infrastrukturen. Öffentliche Sicherheit ist stets auch soziale Sicherheit.

## 835 Unsere Forderungen

**Prävention sicherstellen:** Fachstellen – wie die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder die Fachstelle Kinder- und Jugendschutz – haben einen hohen Stellenwert und müssen gestärkt und sichtbarer gemacht werden.

840 **Kein Abbau bei der Polizei:** Damit die Polizei im öffentlichen Raum präsent sein kann, dürfen keine weiteren Ressourcen gestrichen werden. Die Zusammenarbeit der Kantonspolizei mit der Gemeindepolizei muss ausgebaut werden.

845 **Sicherer Strassenverkehr:** Der Kanton muss durch gezielte und konsequente Kontrollen einen sicheren Strassenverkehr garantieren und Raser-Exzesse verhindern. Velowege und der Schutz der FussgängerInnen müssen ausgebaut werden. Der Kanton soll endlich auf stark befahrenen Kantonsstrassen innerorts und wo nötig Tempo 30 einführen.

850 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:** Für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit braucht es in unserer Region eine gute Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus. Dafür müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt und Kontakte gepflegt werden.

855 **Private Sicherheitsdienste eindämmen:** Vermehrt übernehmen private Sicherheitsdienste polizeiliche Aufgaben. Dies hinterfragen wir. Das Gewaltmonopol muss bei der staatlichen Polizei bleiben und darf nicht der Profitmacherei zum Opfer fallen.

860 **Keine Anonymität bei der Ausübung der Polizeigewalt:** Sichtbare Identifikationsnummern an Polizeiuniformen verhindern, dass allfällige Gewaltanwendung durch Beamte anonym bleibt.

865 **Ausreichende Mittel für die Justiz:** Damit die Aufklärungsrate gesteigert wird und damit der Rechtsstaat zuverlässig funktionieren kann, müssen für die Justizorgane ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

870 **Dialog verhindert Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen:** Dialog und Prävention vermindern situative, strukturelle und sozialbedingte Gewalt. Der Fanbewegung des FC Basel ist daher nicht mit Kollektivstrafen und einer politisch-medial motivierten Massnahmenpolitik zu begegnen. Gefördert werden sollen Dialogstrukturen der verschiedenen Akteure und die Selbstregulierung und Selbstverantwortung der Fankurven.

# Umwelt und Natur

## Ausgangslage

- 875 Unser wachsendes Bedürfnis nach grosszügiger Wohnfläche aber auch nach Mobilität und individueller Lebensgestaltung beansprucht immer mehr Raum. Dafür wird immer mehr Naturraum zerstört und die wertvolle Biodiversität geschwächt. Die Zersiedelung zerstört grosse, zusammenhängende natürliche Lebensräume. Funktionierende Ökosysteme sind dadurch gefährdet und Naherholungsgebiete für die Menschen werden immer kleiner und
- 880 zunehmend intensiv genutzt.
- Intakte Landschaften, naturnahe Waldgebiete und saubere Gewässer werden zu einem Luxusgut, das immer mehr unter Druck kommt. Die Lebensräume unserer Tier- und Pflanzenwelt werden je länger je mehr durch eine Vielzahl von Einflüssen beeinträchtigt. Dazu gehören auch der wachsende Lärm auf den Strassen sowie der Fluglärm durch den
- 885 Euroairport, der Bau von Aushubdeponien in Quellgebieten, die Zerstörung von Biotopen, die Zersiedelung, der unsachgemäße Einsatz von Pestiziden, Überdüngung und die Verbauung der Gewässer. Die landwirtschaftliche Produktion wird verstärkt der Gewinnmaximierung untergeordnet und verliert so ihre Möglichkeit, intakte Naturräume zu schützen und zu pflegen. Zudem bringen riskante Techniken zur Energiegewinnung hohe
- 890 Risiken und langfristige Zerstörungen mit sich.

## Grundziele der SP

### Wir wollen mehr Natur und Lebensraum für alle.

- Wir wollen die Umweltzerstörung verhindern. Der Kanton soll mit Lenkungssteuern, die sich
- 895 im ökologischen Bereich bewährt haben, den Natur- und Umweltschutz verstärken. Es ist entscheidend, dass bei Bauprojekten eine Güterabwägung erfolgt: Der Boden ist ein kostbares und knapp werdendes Gut, das wir schützen müssen. Die Raumplanung muss die Bedürfnisse der Natur und der Umwelt berücksichtigen. Sie muss grössere Freihalteflächen definieren, damit nicht weiter Boden zubetoniert wird. Wir wollen verdichtetes Bauen fördern.
- 900 Wir wollen, dass zusammenhängende natürliche Lebensräume gesichert werden und bestehen bleiben, um die Ökosysteme nicht weiter zu gefährden und zu zerstören. Wir wollen ein Baselbiet mit einer ökologisch vertretbaren Landwirtschaft und eine gesunde und hochwertige Nahrungsmittelproduktion.

## 905 Unsere Forderungen

**Schutzgebiete erhalten:** Der natürliche Lebensraum muss geschützt werden. Wichtige Schutzgebiete müssen erhalten bleiben und wo nötig ausgebaut werden. Der Umgang mit Grundwasserschutzzonen und Schutzgebieten braucht strikte Regeln.

- 910 **Naherholungsgebiete vernetzen:** Die Zersiedelung der Landschaft muss gestoppt werden. Der Kanton muss Mittel zur Verfügung stellen, um natürliche Lebensräume zu vernetzen und die Biodiversität zu stärken. Das schafft auch attraktive Naherholungsgebiete vor der Haustür.

915 **Siedlungsgebiete ökologisch aufwerten:** Auf die ökologische Aufwertung innerhalb von Siedlungsgebieten ist zu achten. Grünflächen mit standorttreuen Pflanzen sind für Mensch und Tier sehr wichtig.

920 **Ökologische Landwirtschaft:** Der Kanton braucht eine verantwortungsvolle, ökologische landwirtschaftliche Produktion. Nur sie garantiert hochwertige, gesunde Nahrungsmittel und schont Boden und Landschaft. Deshalb muss der Kanton eine solche Landwirtschaft auch fördern.

925 **Keine Risiken durch Energiegewinnung:** Umweltschädliche Bohrungen zur Erdöl- und Erdgasgewinnung verschmutzen das Grundwasser und die Natur. Das Fracking muss im Kanton deshalb weiterhin verboten bleiben.

930 **Lärmbelastungen vermindern:** Der Euroairport soll seine Betriebszeiten der Regelung des Flughafens Zürich-Kloten anpassen. Von 23 Uhr bis 6 Uhr soll der Betrieb am Flughafen eingestellt werden, denn die Nachtruhe muss für die betroffene Bevölkerung im Dreiländereck gewährleistet sein. Die Vorgaben der Lärmschutzverordnung sind entlang der Hochleistungs- und Kantonsstrassen dringend umzusetzen.

935 **Trinkwasserversorgung langfristig sicherstellen:** Die Grundwasser-Schutzzonen und die Trinkwasserquellen im Baselbiet werden gesichert und geschützt. Aushubdeponien haben dort nichts verloren und sollen dezentral im Kanton errichtet und betrieben werden.

940 **Neobiota bekämpfen:** Invasive, standortfremde Pflanzen und Tiere bedrohen unsere Natur. Der Kanton stellt für deren Bekämpfung zu wenig Mittel zur Verfügung. Wir fordern mehr Einsatz zur Eindämmung der invasiven Neophyten.

945 **Bevölkerung aufklären und sensibilisieren:** Wenn Forderungen rund um Umwelt und Naturschutz regelmässig thematisiert werden, kann die Bevölkerung für diese wichtigen Anliegen sensibilisiert werden. Deshalb müssen Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden.

# Verkehr und Raumplanung

## Ausgangslage

950 Das Bedürfnis nach Mobilität und somit auch das Verkehrsaufkommen haben in den letzten Jahrzehnten sehr stark zugenommen. Grund dafür sind die räumliche Trennung von Wohnort und Arbeitsort sowie das veränderte Einkaufs- und Freizeitverhalten. Viele Infrastrukturen des Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs stossen deshalb heute vor allem zu Stosszeiten an ihre Kapazitätsgrenzen. Der Kanton Baselland weist einen hohen

955 Motorisierungsgrad auf: Über 60% der BaselbieterInnen besitzen ein Auto. Durch das hohe Verkehrsaufkommen hat sich die Tendenz zur Zersiedelung der Landschaft ebenfalls verstärkt. Gleichzeitig ist die Abdeckung mit dem öffentlichen Verkehr nach wie vor unzureichend.

## 960 Grundziele der SP

### Wir wollen die Verlagerung hin zum öffentlichen Verkehr und zum Langsamverkehr

Im Baselbiet versuchte die Politik bisher, dem steigenden Mobilitätsbedürfnis gerecht zu werden, indem sie den Autoverkehr übermässig priorisierte und in Strassen und teure Tunnelbauten investierte. Der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr mussten hinten

965 anstehen. Wir wollen diese Ungeleichbehandlung stoppen. Der motorisierte Strassenverkehr hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Landschaft und unsere Lebensqualität. Der Strassenverkehr wirkt sich vor allem im dicht bewohnten unteren Kantonsteil heute schon aufgrund von Lärm und CO<sub>2</sub>-Ausstoss negativ auf die Lebensqualität aus. Deshalb wollen wir eine weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs vermeiden und zugleich eine

970 Verlagerung hin zum öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr erreichen. Das Strassennetz darf nicht mehr weiter ausgebaut werden. Neue Strassen zerstören den Lebensraum und schaffen neuen Verkehr. Der motorisierte Individualverkehr muss in grossem Masse auf den öffentlichen Verkehr und auf den Velo- und Fussverkehr verlagert werden. Wir wollen das vorhandene Verbesserungspotenzial ausschöpfen, um diese

975 Verkehrsträger attraktiver zu machen. Darüber hinaus muss der Kanton endlich spürbar den Umstieg von Verbrennungsmotoren hin zu Elektromobilität fördern.

## Unsere Forderungen

**Mehr Rad- und Fusswege:** Es braucht im Baselbiet ein stärker ausgebautes Radwegenetz, damit die Menschen sicher und rasch mit dem Fahrrad oder dem E-Bike zu ihrem Arbeitsplatz gelangen können. Ebenso benötigen wir attraktive und sichere Fusswege.

980

**Keine Luxusstrassen:** Anstatt das Strassennetz weiter auszubauen oder zu verbreitern, soll das bestehende Kantonsstrassennetz erhalten oder wo nötig erneuert werden. Teure Umfahrungen wie den Gundelitunnel oder die Südumfahrung braucht es nicht.

985

**Mehr Tempo-30-Zonen:** Der Kanton soll endlich auf stark befahrenen Kantonsstrassen innerorts und wo nötig Tempo 30 einführen.

- 990 **Ausbau statt Abbau des öffentlichen Verkehrs:** Ein leistungsstarker öffentlicher Verkehr ist unerlässlich für eine intakte Umwelt und eine gut funktionierende Wirtschaft. Dieser darf nicht kurzfristigem Abbau zum Opfer fallen. Im Gegenteil: Es braucht einen Ausbau des Angebotes. Dazu gehören im Baselbiet der Viertelstundentakt zwischen Laufen und Liestal und der Bau der Durchmesserlinie („Herzstück“) Basel.
- 995 **Keine Wiedereinführung des Nachtzuschlags:** Der Nachtzuschlag darf auf keinen Fall wieder eingeführt werden. Am Samstagabend sollen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Bus nach Hause fahren können und nicht auf das Auto angewiesen sein. Zusätzliche Gebühren auf Kosten der Jugend sind unsolidarisch und setzen diesbezüglich völlig falsche Anreize.
- 1000 **Attraktiver Fahrplan – auch im Oberbaselbiet und im Laufental:** Der Kanton muss den Fahrplan auch in den Randregionen verdichten und zu Randzeiten ausbauen – und die Finanzierung der dazu notwendigen Infrastrukturen muss sichergestellt werden. Wir fordern, dass jede Gemeinde im Baselbiet täglich ausreichend mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen wird.
- 1005 **Innovationen fördern:** Der Kanton fördert Forschung und Innovation im öffentlichen Verkehr. Selbstfahrende Busse sowie Car-Sharing-Modelle sollen finanziell unterstützt werden. Das Baselbiet positioniert sich so für eine moderne und innovative Verkehrspolitik.
- 1010 **U-Abo-Subvention nach Einkommen:** Das U-Abo muss erhalten bleiben. Die U-Abo-Subvention soll neu vom Einkommen abhängig sein. Für die tiefste Einkommensklasse soll die Subvention im Vergleich zu heute verdoppelt werden.
- 1015 **Flexibler Unterrichtsbeginn:** Das Modell der Fachhochschule Nordwestschweiz mit einem späteren Unterrichtsbeginn soll Schule machen. Die Gymnasien sollen ihren Unterrichtsbeginn nach hinten zu schieben, um so den öffentlichen Verkehr während der Hauptverkehrszeiten zu entlasten.
- 1020 **Raumplanung im Interesse aller:** Die Raumplanung darf nicht einseitig der Gewinnmaximierung und der Finanzspekulation dienen. Sie muss sich an der Lebensqualität orientieren und durch verdichtetes Bauen gleichzeitig die natürliche Umwelt schonen und der Zersiedelung Einhalt gebieten.
- 1025 **Autofreies Wohnen ermöglichen:** Der Kanton soll die vorgeschriebene Mindestanzahl an Parkplätzen aufheben und ermöglicht somit mehr autofreies Wohnen auf gleicher Fläche.
- 1030 **Keine Neueinzonungen:** Bevor im Kanton Einzonungen geschehen, sollen einerseits die bestehenden Bauzonen bebaut sein und andererseits die bereits bebauten Bauzonen auf attraktive Art und Weise verdichtet werden.

- 1035 **Eine Mehrwertabgabe als wichtige Einnahmequelle:** Der Kanton soll endlich die Mehrwertabgabe einführen und einen einheitlichen Abgabesatz von mindestens 40% festlegen. Wir wollen, dass die Erträge der Mehrwertabgabe angemessen zwischen Gemeinden und Kanton aufgeteilt werden. Ein Teil der Mehrwertabgabe soll dafür eingesetzt werden, öffentliche Erholungsräume wie Grünflächen oder Spielplätze zu schaffen.
- 1040 **Keine weitere Zersiedelung der Landschaft:** Die bereits gut erschlossenen Zentren im Baselbiet sollen gestärkt werden.



# Wirtschaft

## 1045 **Ausgangslage**

Das neoliberale Wirtschaftsmodell hat Europa an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht: Abbau des Service public, Deregulierung des Finanzsektors und hemmungslose Abzocker-Manier lassen ehemalige Industriezentren verwaisen und Arbeitsplätze verschwinden. Die Arbeitsbedingungen werden angegriffen und die Vermögen sind immer ungleicher verteilt – es kommt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Die Ablehnung dieser Politik reicht mittlerweile von den Ärmsten dieser Welt über die wohlhabenderen ArbeitnehmerInnen bis zum internationalen Währungsfonds, dem Hüter des globalen Kapitalismus.

1050 Doch auch der Kanton Baselland ist durch die untauglichen Rezepte des Neoliberalismus gezeichnet: Die Regierung baut staatliche Leistungen ab und lagert sie an Private aus. Der Kanton beteiligt sich an einem hemmungslosen, zerstörerischen Steuerwettbewerb. Aber auch bei den Gemeinden ist der Druck gross, die Steuern zu senken und Dienstleistungen abzubauen. Die kantonale Wirtschaftspolitik konzentriert sich seit rund 15 Jahren vor allem auf Abbauprogramme und Steuersenkungen für Unternehmen.

1055 Auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit nehmen die Rechten dabei keine Rücksicht: Bei der Unterstützung von Familien und Angehörigen in der Pflege der älteren und Erziehung der jungen Menschen wurden kaum Fortschritte erzielt, im Gegenteil. Die bezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit steht unter wachsendem Profitdruck, wird privatisiert und abgebaut. Die Wirtschaftsförderung Baselland ist grandios gescheitert. Es gibt keine Strategie dafür, wo

1060 der Kanton in zehn Jahren stehen soll und wie für die Menschen Arbeitsplätze im Kanton gesichert und geschaffen werden sollen.

## **Grundziele der SP**

### **Wir wollen nachhaltige Innovationen, die allen zugute kommen.**

1070 Für uns steht eine kantonale Wirtschaftspolitik im Zentrum, die sich an nachhaltigen Innovationen orientiert: Wirtschaftswachstum ist kein Ziel, sondern *ein* Weg zu mehr Lebensqualität für alle und zu einer gerechten Verteilung. Es ermöglicht höhere Löhne und stärkt damit die Kaufkraft der Bevölkerung. Es sichert Steuereinnahmen, damit der Staat die Qualität seiner Dienstleistungen ausbauen kann. Bedürfnisgerechte Sozialleistungen,

1075 ausgebaute Infrastruktur sowie attraktive Ausbildungsangebote und Wohn- und Lebensräume wirken sich wiederum positiv auf die Wirtschaft aus. Es ist unsere Aufgabe, Leitplanken zu setzen, damit die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu negativen sozialen oder ökologischen Auswirkungen führt. Gleichzeitig soll der Kanton Innovationen betreiben, damit sich die Wirtschaft dem Strukturwandel stellt und attraktive Arbeitsplätze

1080 anbietet. Soziales Unternehmertum muss gefördert werden, denn es leistet mit innovativen Ideen und ökologischen Konzepten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. So wollen wir den ganzen Spielraum der kantonalen Politik nutzen, um Wege in ein neues Wirtschaften aufzuzeigen, damit der Umweltzerstörung Einhalt geboten und für alle statt für wenige gewirtschaftet wird.

1085

## Unsere Forderungen

**Mindestlohn für alle:** Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler und kantonaler Ebene für Mindestlöhne und Normal-Arbeitsverträge in allen Branchen ein.

- 1090 **Fairness am Arbeitsplatz:** Die Zahl der Kontrollbesuche im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen muss erhöht und auf Branchen wie z.B. Dienstleistungen im IT-Bereich ausgeweitet werden. Dies verhindert Lohndumping und bekämpft Schwarzarbeit konsequent. Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden müssen obligatorisch Lohnkontrollen durchführen, um die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern nachweisen und gewährleisten zu können.
- 1095

- Mit Transparenz gegen Wirtschaftskammer-Filz:** Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton muss sorgfältig, ökologisch und ökonomisch nachhaltig gesteuert werden. Lobbyisten haben da nichts zu suchen. Es geht nicht um die Interessen weniger, sondern um die Interessen der ganzen Bevölkerung. Verflechtungen von Wirtschaftskammer, einzelnen Unternehmen und Kanton und Gemeinden müssen offengelegt werden.
- 1100

- Baselbieter KMUs sichern:** Heute steht rund jedes fünfte KMU bei der Regelung einer Geschäftsnachfolge vor einer unsicheren Zukunft. Dank einem Vorinformations- und einem Vorkaufrecht sollen Mitarbeitende dabei unterstützt werden, eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) zu finden. Oft fehlt ihnen heute dafür das nötige Geld. Ein Zukunftsfonds soll mittels einer Übergangsfinanzierung dazu beitragen, die Baselbieter KMUs wenn möglich als solidarische und demokratische Unternehmen zukunftsfähig zu machen.
- 1105

- 1110 **Attraktive Arbeitsplätze dank Innovationen:** Die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Ausbildungsinstitutionen der Nordwestschweiz muss verstärkt gefördert werden. Insbesondere die Förderung von jungen IngenieurInnen und EntwicklerInnen bei der Ausarbeitung und Durchführung von innovativen Ideen muss verstärkt werden.
- 1115

- Förderung des sozialen Unternehmertums:** Unternehmen, für die der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit mehr zählt als die Gewinnerzielung und die durch ihre Überschüsse hauptsächlich diese gesellschaftlichen Ziele erreichen, sollen vom Staat gefördert werden.

- 1120 **Gründung von ArbeitnehmerInnenfonds:** In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften soll bei der Verhandlung von Gesamtarbeitsverträgen gefordert werden, dass ein Teil der jährlichen Unternehmensgewinne in Form von Anteilen an die Arbeitnehmerschaft ausgeschüttet wird. Über diese Anteile können Mitarbeitende demokratisch Einfluss auf ihr Unternehmen nehmen. Mögliche Dividenden werden zum Aufkauf weiterer Anteile verwendet.
- 1125

**Care (Sorge) ermöglichen:** Care-Arbeit steht für Pflege- und Betreuungsarbeit. Der Grossteil wird heute unbezahlt von Frauen erledigt. Dies führt zu weniger Einkommen,

- 1130 weniger Anerkennung, weniger Schutz und weniger Rente für die Leistenden. Dieser mehrfachen Benachteiligung muss ein Ende gesetzt werden. Als erster Schritt sollen bezahlte Freitage für Notfall-Pflege und bezahlter Sozialurlaub von bis zu zwei Wochen bei anhaltender Pflegebedürftigkeit emotional nahestehender Angehöriger gesetzlich festgehalten werden.
- 1135 **Konsequent nachhaltig beschaffen:** Der Kanton passt sein Beschaffungswesen konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien an. So müssen in Zukunft Produkte aus fairem Handel, aus demokratischen Unternehmen oder Unternehmen mit einer Mindestanzahl an Lehrlings- und IV-Integrationsstellen konsequent bevorzugt werden. Der Nachweis von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit wird obligatorisch.
- 1140 **Bestehende Areale nutzen:** Im Birstal, aber nicht nur dort, liegen an zentraler Lage bestens per Bahn und Strasse erschlossene ehemaligen Industrieareale brach. Gleichzeitig werden in unbebauten Gebieten neue Areale erschlossen. Das führt zu einem unnötigen Ressourcen- und Landverschleiss. Neue Industrien sollen deshalb primär auf den
- 1145 Industriebrachen angesiedelt werden. Flächen, die nicht mehr für die Industrie genutzt werden, können auch zu Gewerbe- oder Wohngebieten umgenutzt oder mischgenutzt werden.
- 1150 **Biologische Landwirtschaft fördern:** Die biologische Landwirtschaft schont unsere Natur und gehört durch den Kanton vermehrt unterstützt.
- 1155 **Solidarität der Unternehmen in der Berufsbildung:** 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Der Kanton soll es zudem möglich machen, dass mehrere Betriebe gemeinsam eine Lehrstelle anbieten können.

# Wohnen

## Ausgangslage

- 1160 Heute gibt es im Baselbiet keine kantonale Wohnbaupolitik. Eine Strategie ist nicht erkennbar. Die Regierung lässt sich vom Lobbyismus der Hauseigentümer treiben. Dabei sind die Probleme offensichtlich: Die Wohnsituation im Kanton Baselland ist für viele Menschen schwierig: Der Wohnraum ist knapp und meist zu teuer. Eine Wohnpolitik im Interesse der MieterInnen gibt es im Kanton Baselland nicht. Gemeinnütziger
- 1165 Wohnungsbau wird nicht gefördert. Stattdessen wird immer wieder versucht, die Privilegien von HauseigentümerInnen zu schützen.
- Der Zersiedelung unserer Landschaft muss entgegengewirkt werden. Wir wollen verdichtetes Bauen im bestehenden Siedlungsgebiet – mit hoher Lebensqualität, selbstbestimmt und ohne Zwang zur Profitmaximierung. Ein grosser Bedarf besteht vor
- 1170 allem bei bezahlbaren Wohnungen für Familien mit Kindern, die genügend Raum und Lebensqualität bieten. Auch selbständiges Wohnen im Alter, etwa in generationen-gemischten Siedlungen, ist ein grosses Bedürfnis.

## Grundziele der SP

- 1175 **Wir wollen bezahlbares Wohnen für alle.**
- Wir haben mit unserer Initiative „Wohnen für alle!“ neue Perspektiven aufgezeigt. Es braucht bezahlbaren Wohnraum für alle Altersstufen und für alle Formen des Zusammenlebens. Nach den eigenen Vorstellungen leben und wohnen zu können, ist ein Grundrecht. Es darf kein Luxus für wenige sein! In der Wohnbaupolitik muss mit den
- 1180 Landressourcen sorgsam umgegangen werden. Es braucht verdichtetes Bauen und die Nutzung von Industriebrachen. Raumplanerisch muss dafür gesorgt werden, dass Wohnen und Arbeiten möglichst nah beieinander sein können.

## Unsere Forderungen

- 1185 **Zahlbare Wohnungen für alle:** Die Wohnpolitik und der Wohnungsbau müssen sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit von MieterInnen orientieren. Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen für Menschen aller Alterskategorien, insbesondere aber für Familien.
- 1190 **Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus:** Kanton und Gemeinden müssen Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch Genossenschaften, Stiftungen oder durch kommunale Initiativen unterstützen, etwa durch Abgabe von günstigem Bauland im Baurecht, durch administrative und planerische Unterstützung sowie durch Gewährung von Bürgschaften.
- 1195 **Gemeinsam statt einsam:** Es soll gezielt Wohnraum entstehen, in dem alle Generationen nebeneinander und miteinander wohnen können. Es braucht nicht separate Wohnsiedlungen für ältere Menschen oder für Alleinstehende, sondern einen guten Mix,

damit die Solidarität unter den Generationen wachsen und sich daraus  
1200 Nachbarschaftshilfe entwickeln kann.

**Beratungsstelle „Wohnen“:** Es braucht Beratungsmöglichkeiten zu Fragen rund ums  
Wohnen, insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Im  
Kanton muss eine Fachstelle für Wohnen eingerichtet werden.

1205 **Nachhaltige Bodenpolitik durch Baurecht statt Privatisierung:** Land im Besitz von  
Gemeinden und Kanton darf nicht an Private verkauft werden, sondern soll im Baurecht für  
Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt werden.

1210 **Formularpflicht einführen:** Die NachmieterInnen einer Wohnung müssen transparent  
darüber aufgeklärt werden, wie viel der oder die VormieterIn für die Wohnungsmiete  
bezahlt hat. Wie fordern, dass dafür eine Formularpflicht eingeführt wird.

1215 **Autofreies Wohnen ermöglichen und fördern:** Der Kanton soll autofreies Wohnen und  
Leben durch die Schaffung von Anreizen fördern. Heute wird dies durch Vorschriften eher  
behindert: Wer Siedlungen für ein Wohnen ohne Auto und dafür mit mehr  
Begegnungsmöglichkeiten bauen will, muss heute Parkplätze erstellen, die niemand  
braucht. Solche Vorschriften müssen abgeschafft werden.